

Antrag für die erste ordentliche Sitzung der Bundesvertretung im Sommersemester 2025

Antrag: Studierendenvertretung in European University Alliances

Unsere Hochschulen streben auch dank konstantem Druck durch Studierende und ihrer Vertretung nach Internationalisierung. Im Zuge dieser entstehen und verfestigen sich nun European University Alliances, die größtenteils durch ERASMUS+ gefördert und finanziert werden. Diese Allianzen beginnen nun auch übergeordnete Projekte mit starkem Bezug zur Lehre, deren Qualität und zur Strategie der Curricula umzusetzen, wie beispielsweise auch die Einrichtung von europäischen Studiengängen, die an mehreren Hochschulen in verschiedenen Ländern eingerichtet werden. Faktum ist allerdings, dass nur in 63% der Allianzen Studierende echte Mitbestimmung durch Stimmabgabe haben – eine Quote, die für uns als gesetzlich gewählte Studierendenvertreter:innen ein Alarmwert sein muss. Doch auch die Tatsache, dass 95% sich an Governance „beteiligen“ dürfen, heißt im Umkehrschluss, dass in 5% aller Allianzen keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeit existiert. Doch auch in den 63% der Allianzen in denen es Stimmrechte gibt, ist nicht sichergestellt, dass diese Vertreter:innen basisdemokratisch gewählt werden. Es existiert einfach keine rechtliche Grundlage dafür.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen, dass:

1. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft unterstützt die Positionen der European Students Union (ESU) im Bereich der European University Alliances (EUA) und erkennt den Plan of Work (PoW) 2025-2026 als zentralen Arbeitsrahmen an.
2. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft unterstreicht in diesem Zusammenhang besonders die Rolle der Conference of the Alliances (CoA) und spricht sich dafür aus, die Arbeit der CoA zu stärken und ihre Forderungen und Perspektiven bei relevanten Stakeholder_innen hervorzuheben.
3. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich innerhalb der European Students' Union sowie gegenüber europäischen und österreichischen Institutionen dafür ein, dass in allen European University Alliances demokratisch legitimierte Studierendenvertretungen als gleichwertige Partner_innen im Sinne gemeinsamer Gestaltung eingebunden werden müssen und eine substanzielle Beteiligung an allen relevanten Entscheidungsprozessen sichergestellt wird, wobei diese Beteiligung über repräsentative und demokratisch gewählte Strukturen erfolgt und nicht auf konsultative oder informelle Formate beschränkt bleibt, was insbesondere durch Stimmrechte für Studierendenvertreter_innen in akademisch relevanten Gremien der Allianzen miteinschließt.
4. Darüber hinaus informiert die Österreichische Hochschüler_innenschaft aktiv über die Bedeutung und Ausgestaltung von Studierendenvertretungen in European University Alliances und setzt sich dafür ein, dass die Entsendung von österreichischen Studierendenvertreter_innen in entsprechende studentische Gremien in Alliances im Einklang mit den Bestimmungen des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes 2014, spezifisch § 32 Abs. 1 HSG 2014, durch die zuständigen Organe der gesetzlichen Studierendenvertretung erfolgt.
5. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich gegenüber relevanten Stakeholder_innen für eine ausreichende, langfristige und nachhaltige Finanzierung der European University Alliances durch die Europäische Union ein, die insbesondere:

- a. eine langfristige und strukturelle statt projektbasierten und zeitlich befristeter Finanzierung darstellt,
- b. die Arbeit demokratisch legitimierter Studierendenvertretungen und ihrer grundlegenden Finanzierung sowie Mobilität miteinschließt,
- c. Maßnahmen zur sozialen Dimension und Inklusion ermöglicht.